
Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte
Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris
(Institut historique allemand)
Band 21/3 (1994)

DOI: 10.11588/fr.1994.3.59146

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

die Frage nach dem Verhältnis zwischen politischer Macht und Militär finden als auch den eigentlichen Motor der sowjetischen »Revolution im Militärwesen« aufspüren.

Die chronologische Darstellung läßt Etappen und Schwerpunkte der innersowjetischen Diskussion ebenso deutlich erkennen wie Nuancen bei der Veränderung von Positionen. Der Autor kommt zu der – allerdings nicht neuen – Erkenntnis, daß die militärische Konzeption trotz neuer Waffentechnik durch den geographischen Faktor bestimmt blieb, mithin die USA zwar der Hauptgegner in der propagandistischen Auseinandersetzung waren, die unmittelbare Bedrohung der UdSSR jedoch an der europäischen und asiatischen Peripherie gesehen wurde. Im militärischen Bereich war die politisch-ideologische Linie ebenso maßgebend wie in der sowjetischen Gesellschaft generell. Sie stand – so Romer – dem zumindest im Ansatz diskutierten Konzept der »Abschreckung« im Wege, das erst unter Gorbatschow offizielle Anerkennung in der UdSSR fand. Nicht nur hätte dies die Übernahme der Konzeption des ideologischen Gegners bedeutet, sondern »la dissuasion, également analysée comme menace d'emploi de la force, est tout aussi incompatible avec le discours sur la nature pacifique de l'URSS (S. 365). Die sowjetische Führung war bestimmt von der Vorstellung, daß die dem Selbstverständnis nach »friedliebende« UdSSR aus einem – zwar nicht mehr als unausweichlich, aber immerhin als möglich erachteten – Krieg mit dem »Imperialismus« siegreich hervorgehen müßte (und würde), auch unter atomaren Bedingungen. Auf diesen Ernstfall galt es vorbereitet zu sein, und das hieß, auf dem Rüstungssektor mindestens mit den USA gleichzuziehen.

Etwas deutlicher gewünscht hätte man sich die Erläuterung einzelner Begriffe. So hätte die im sowjetischen Sprachgebrauch übliche Unterscheidung zwischen »sderživanie« (von »sderživat'« = zurückhalten) und »ustrašenie« (von »ustrašat'« = erschrecken) – ersteres für die sowjetische, letzteres für die westliche Variante von »Abschreckung« verwandt – stärkere Berücksichtigung verdient. Mit dem – durchaus berechtigten – Hinweis, daß eine sowjetische Militärtheorie des Atomzeitalters erst im Zuge der Debatte der 50er und 60er Jahre entstand, und auch um »ne ... pas se laisser enfermer dans la logique de l'autre« (S. 6), verzichtet Romer auch auf eine genaue Definition von Begriffen wie »Kriegskunst« und »Militärdoktrin«. Da es ihm in erster Linie um letztere geht, wäre jedoch eine Erläuterung nicht zuletzt zur Einordnung der Fülle des Materials hilfreich gewesen.

Notwendigerweise spekulativ bleiben mußte er schließlich bei dem Versuch, die Funktion der Atomdebatte in der politischen Auseinandersetzung, etwa im Kampf um Stalins Nachfolge 1953/54 herauszuarbeiten: das Gros des sowjetischen Materials etwa zum »Fall Berija«, das neue Aufschlüsse auch in dieser Frage gibt, wurde erst 1991, nach Fertigstellung der Studie, publiziert.

Mechthild LINDEMANN, Bonn

Melvyn P. LEFFLER, *A Preponderance of Power. National Security, the Truman Administration, and the Cold War*, Stanford, Cal. (Stanford University Press) 1991, XIII–689 S.

Die Beschäftigung mit Ursachen und Verlauf des Ost-West-Konfliktes war von Beginn an ideologisiert und diente beiden Seiten als wichtiges Legitimationsinstrument für eine jeweils reaktiv verstandene Konfrontationspolitik. Umso mehr mag es erstaunen, wenn nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und dem daraus folgenden Ende des Kalten Krieges der Amerikaner Leffler eine umfangreiche Studie über die Sicherheitspolitik der USA in den Jahren 1945 bis 1953 vorlegt. Ohne den von diesem Mächteantagonismus ausgehenden Forschungsimpetus, der nicht zuletzt auch die Fragestellungen und die Perspektive maßgeblich beeinflusste, verliert, so scheint es, auch die Beschäftigung mit dem Kalten Krieg an Bedeutung.

Leffler sieht dieses Problem und warnt davor, den Interpretationen aus den 40er und 50er

Jahren posthum recht zu geben. Vielmehr weist er darauf hin, daß gerade das Tauwetter der »Ära Gorbatschow« den Blick auf die Alternativen und Chancen lenke, die von beiden Seiten im Laufe ihrer Auseinandersetzung übersehen worden seien. Für Leffler rückt nun automatisch das gegenseitige Bild, das sich ein Lager von der jeweils anderen Seite und ihren Zielen machte, in den Vordergrund. Im Falle Washingtons war der Perzeptionsrahmen – und damit der Ausgangspunkt jeder Beurteilung der sowjetischen Außenpolitik – weitgehend bestimmt durch die heterogenen Vorstellungen seiner Entscheidungsträger von einer neuen Weltordnung, die das Machtvakuum ausfüllen sollte, das der Zweite Weltkrieg hinterlassen hatte. Leffler betrachtet den Kalten Krieg und seine Ursachen also keineswegs von seinem Ende. Vielmehr geht es ihm darum, die hinter dem Ost-West-Konflikt liegenden Kontinuitätsmomente im außenpolitischen Beurteilungsmaßstab der Spitzenpolitiker Washingtons als Antriebskräfte für den amerikanisch-sowjetischen Antagonismus herauszuarbeiten.

Leffler kann sich mit diesem Ansatz auf die jüngste Forschung vor allem von amerikanischen Historikern stützen. Sie stellen die Politik in den Rahmen eines umfassenderen Entwicklungsprozesses, innerhalb dessen die USA versuchten, Wirtschaft und Politik den sich seit der fortschreitenden Industrialisierung Ende des letzten Jh. vollziehenden gesellschaftlichen und internationalen Transformationen anzupassen. Der Schwerpunkt lag dabei zunächst auf der Innenpolitik zwischen Hoovers »New Era« und Roosevelts »New Deal«. Für die Zwischenkriegszeit haben zuletzt deutsche Historiker herausgearbeitet, daß Washington die isolationistische Tradition zu überwinden trachtete und ebenfalls von der Suche nach einer neuen, den sozio-ökonomischen Grundlagenwandel der internationalen Beziehungen wie die eigene innenpolitische Interessenkonstellation gleichermaßen berücksichtigenden wirtschaftlichen und politischen Weltordnung geprägt war.

Leffler selbst trat zunächst ebenfalls durch Arbeiten zur amerikanischen Stabilisierungspolitik in Europa in den 20er Jahren hervor. Es ist das Verdienst seines neuen Buchs, den für die Zwischenkriegszeit erprobten Forschungsansatz nach Michael Hogans Werk über den Marshallplan (1987) nun ebenfalls auf die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, die den Übergang der USA von einer mehr informellen Einflußnahme auf die ökonomisch-politische Entwicklung zum direkten militärisch-wirtschaftlichen Engagement in Europa im Kontext des Kalten Krieges sah, weiter zu verfolgen. Während Hogan den Marshallplan als wirtschaftliche Säule im Gebäude der nationalen Sicherheitspolitik der USA wertet, betrachtet Leffler die Sicherheitspolitik u. a. als Teil der ökonomisch-politischen Stabilisierungspolitik Washingtons in Europa. Seine Hauptthese lautet, daß die amerikanischen Entscheidungsträger die militärische Schwäche Moskaus klar erkannt hatten und nicht davon ausgingen, daß Stalin sein Ziel der Ausdehnung des sowjetischen Machtbereichs unter Einsatz militärischer Mittel verfolgen würde. Stattdessen ließ man sich in Washington von der Befürchtung leiten, das wirtschaftliche Chaos in Europa, das der Krieg hinterlassen hatte und die verständlichen Wünsche der ausgehungerten Bevölkerung nach ökonomischer Stabilität und sozialer Gerechtigkeit sabotierte, könne auf dem Kontinent zu einem Aufleben wirtschaftsplanerischer und staatsinterventionistischer Maßnahmen führen und die Länder über kurz oder lang in die kommunistischen Arme Moskaus treiben.

Dies widersprach nicht nur prinzipiell amerikanischen »Open Door«-Vorstellungen. Die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialkrise in Europa bedrohte die ökonomischen und sozialen Anpassungsbemühungen der USA an den industriellen und gesellschaftlichen Wandlungsprozeß; sie gefährdete die Suche nach einer neuen und stabilen wirtschaftlich-politischen Ordnung. Maßnahmen zur ökonomischen Stabilisierung Europas, d. h. zur Überwindung von Bilateralismus und Währungskontrollen, sowie eine wirtschaftlich-strategische Koordinierung militärischer Absicherung kamen daher aus amerikanischer Sicht eine eminent sicherheitspolitische Bedeutung im Zeichen der beginnenden Rivalität mit Moskau zu. Letztlich hätten, so betont Leffler, die Erfahrungen der Zwischenkriegszeit gezeigt, wie die Macht eines Landes von Erfolg oder Mißerfolg seines Wirtschaftssystems im Inneren und seiner Außenhandelspo-

litik abhingen. Der Titel des Buches ist deshalb doppeldeutig: Das Übergewicht der Macht bezieht sich zum einen auf das außenpolitische Primärziel der USA im Kontext der Ost-West-Auseinandersetzung; zum anderen signalisiert er, daß das machtpolitische Übergewicht im wesentlichen auf der singulären wirtschaftlichen Stellung der USA am Ende des Zweiten Weltkrieges beruhte und nur durch die wirtschaftliche Stabilisierung Europas auf der Basis amerikanischer Ordnungsvorstellungen zu behaupten war. Leffler versteht das Streben nach einer Vorrangstellung nicht als Streben nach machtpolitischer Dominanz: »It meant creating a world environment hospitable to U.S. interests and values; it meant developing the capabilities to overcome threats and challenges; it meant mobilizing the strength to reduce Soviet influence on its own periphery; it meant undermining the appeal of communism; it meant fashioning the institutional techniques and mechanisms to manage the free world; and it meant establishing a configuration of power and a military posture so that if war erupted, the United States would prevail.« (S. 19)

Dieser Befund wurde durch geopolitische Erwägungen unterstrichen, die vor allem in den militärisch-strategischen Planungen eine immer größere Bedeutung erlangten. Die Ausdehnung des sowjetischen Einflußbereichs auf Westeuropa und Asien sowie im Nahen Osten mußte verhindert werden, weil Stalin sich dadurch in den Besitz wichtiger Industriezentren, Rohstoffquellen, technischen Know-hows und Menschenpotentials bringen würde, die ihm eine nahezu unanfechtbare militärische Vormachtstellung verschaffen würde. Auch als Ende der 40er Jahre Moskau die atomare Vormachtstellung der USA egalisierte, wodurch sich die strategischen Voraussetzungen der nationalen Sicherheitsplanungen Washingtons dramatisch wandelten, änderte sich prinzipiell nichts. Im Gegenteil: Zwar trat fortan das militärische Bedrohungspotential Moskaus stärker ins Kalkül der Planer in Washington und erhöhte den Druck nach einer Anhebung der Verteidigungsausgaben; aber die gegenseitige atomare Neutralisierung verkleinerte den strategischen Handlungsspielraum der USA und vergrößerte deshalb die Gefahr, die nun aus einer Unterwanderung des westeuropäischen wirtschaftlichen Wiederaufbaus erwachsen konnte.

Der Zusammenhang zwischen ökonomischer Stabilisierung unter multilateralen Vorzeichen, nationaler Sicherheit und der Gewinnung einer machtpolitischen Vorrangstellung wird deutlich, wenn man sich vergegenwärtigt, wie Moskau nach dem Zweiten Weltkrieg versuchte, analog der deutschen Außenwirtschaftspolitik in den dreißiger Jahren mit bilateralen Handelsverträgen Nachbarstaaten in seinen Einflußbereich zu ziehen und damit die traditionellen Lieferanten wichtiger Rohstoffe und Nahrungsmittel von den westeuropäischen Ländern abzuschneiden. Während sich die Sowjetunion auf diese Weise den exklusiven Zugang zu wichtigen Rohstoffquellen sicherte, drohte der Wiederaufbau Westeuropas und seine sicherheitspolitische Konsolidierung durch wirtschaftliche Engpässe und Devisenknappheit ins Stocken zu geraten. Vor diesem Hintergrund zeichnet Leffler anhand einer Fülle von Beispielen und umfangreichen Quellenmaterials die Formulierung der Sicherheitspolitik der USA aus der Sicht ihrer wichtigsten Entscheidungsträger nach. West- und Osteuropa, der Mittlere Osten sowie der asiatische Schauplatz (China, Korea) bilden die Schwerpunkte der Betrachtung. Leffler zeigt den Stellenwert auf, den der Wiederaufbau und die Integration Westdeutschlands innerhalb der amerikanischen Sicherheitsvorstellungen einnahmen. Er betont die strategische, geopolitische und militärische Bedeutung des Marshallplans, der die wirtschaftliche Rekonstruktion Westeuropas in einer kritischen Phase auf ein neues Gleis setzen, die Ausdehnung des sowjetischen Einflußbereichs verhindern und die Länder Westeuropas in den Stand versetzen sollte, einen eigenen Sicherheitsbeitrag zu leisten. Westdeutschland kam dabei eine Antriebsfunktion zu. Das amerikanische Drängen auf eine Anhebung des Industrieniveaus in den Westzonen, deren Einbeziehung in das Europäische Wiederaufbauprogramm unter bewußter Ausklammerung der Sowjetunion und die Durchführung einer Währungsreform sind für Leffler in diesem Kontext zu sehen. Westdeutschland war das Herzstück des Marshallplans. Diese Deutschlandpolitik wurde in Washington gerade deshalb

favorisiert, weil man davon ausging, daß Moskau zu einem Einsatz militärischer Mittel nicht bereit sein würde. Leffler läßt keinen Zweifel daran, daß die Bedeutung Westdeutschlands innerhalb der skizzierten Konzeption nationaler Sicherheit von den US-Planern so hoch veranschlagt wurde, daß eine Teilung ungeachtet aller möglichen Alternativüberlegungen bewußt angestrebt wurde. »The difficulty under which we labor«, zitiert er den Botschafter in Moskau, Walter Bedell Smith, »is that in spite of our announced position, we really do not want nor intend to accept German unification in any terms that the Russians might agree to, even though they seemed to meet most of our requirements.« (S. 199)

Über die breite empirische Grundlage hinaus bleibt hervorzuheben, daß die Arbeit auch in methodischer Hinsicht einen sehr wichtigen Beitrag leistet. Das gilt einmal in bezug auf die herausgearbeiteten Kontinuitätslinien der amerikanischen Außenpolitik und zum anderen für die immer wieder in den Blick genommene Interdependenz von Innen- und Außenpolitik. Leffler liefert ein Beispiel dafür, daß auch nach seinem vielbeschworenen Ende der Kalte Krieg ein wichtiges und herausforderndes Thema bleibt. Das Buch gibt wichtige Denkanstöße, so etwa wenn die besondere Stellung der Bundesrepublik für die amerikanische Stabilisierungspolitik in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg hervorgehoben wird. Kooperationsmomente und Konfliktstellen innerhalb dieser Kontinuitätslinie des deutsch-amerikanischen Verhältnisses in den 50er und 60er Jahren auf wirtschaftlichem Gebiet genauer zu untersuchen, bleibt eine wichtige Aufgabe zeitgeschichtlicher Forschung.

Matthias PETER, Bonn

Power in Europe? II. Great Britain, France, Germany and Italy and the Origins of the EEC, 1952–1957, edited by Ennio DI NOLFO, Berlin (Walter de Gruyter) 1992, 598 S.

Der rapide Machtverfall der europäischen Mächte nach Ende des Zweiten Weltkriegs und die rasche wirtschaftliche Rekonvaleszenz infolge der europäischen Integration waren kennzeichnend für die Entwicklung Europas in den fünfziger Jahren. Die Ursachen für diesen Wandel in Großbritannien, Frankreich, Deutschland und Italien von 1938 bis zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft 1958 vertieft zu analysieren, war Teil eines großangelegten Forschungsvorhabens, an dem seit Anfang der achtziger Jahre eine Vielzahl von Historikern und Politikwissenschaftlern gearbeitet hat. Die Ergebnisse der dritten Projekttagung 1987 in Florenz sind hier in 33 Beiträgen zusammengefaßt.

Im Mittelpunkt steht dabei die Frage, wie diese vier europäischen Mächte auf den Zusammenbruch des internationalen Systems nach 1945, den sowjetisch-amerikanischen Bilateralismus und Zerfall kolonialer Machtpositionen Großbritanniens und Frankreichs in Asien und Afrika reagiert haben. Dabei werden sechs Aspekte eingehender untersucht: die Machtperzeption bei Entscheidungsträgern und Führungseliten, das wirtschaftliche Umfeld, der militärische Sektor, die politischen Parteien, die öffentliche Meinung und die Politik der europäischen Integration vom Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft 1954 über die Suezkrise 1956 bis zum Abschluß der Verträge von Rom 1957. Der Aufbau des Bandes, der komparativ diese Sujets behandelt, bietet auch guten Zugriff auf länderspezifische Aspekte.

In der Entwicklung Europas, so stellen der Herausgeber und Josef BECKER eingangs fest, kamen in den fünfziger Jahren zahlreiche innen- und außenpolitische Paradoxien zum Vorschein. Die einst den Kontinent dominierenden Mächte gingen durch die allmähliche Auflösung der Kolonialreiche ihrer Weltmachtrolle verlustig, schafften durch den Zusammenschluß des wirtschaftlichen Potentials in Westeuropa aber dennoch innerhalb weniger Jahre Voraussetzungen für prosperierende Entwicklungen und in den Gemeinschaftsinstitutionen ein politisch funktionierendes Kooperationssystem. Dabei hatten die Entscheidungsträger nur in Teilen gewechselt. In Frankreich herrschte, GIRAULT zufolge, mehr oder minder die gleiche Elite wie am Ende des Krieges, die sich über die schwindende Weltmachtrolle keinen